

pax_zeit ^{1_2020}



Jetzt ist die Zeit –
Atomwaffen
abschaffen



**pax
christi**

Internationale Katholische
Friedensbewegung

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Start in einen neuen Jahrgang ist für eine Zeitschrift immer spannend. Die pax_zeit greift als erste Artikel des neuen Jahrzehnts zwei wichtige Friedenthemen auf: die Entwicklungen der Friedensethik in Deutschland zur Ächtung der Atomwaffen und neue Impulse für die Basis der pax christi-Bewegung, nämlich die Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen.

Im Interview mit Heinz-Günther Stobbe informiert die pax_zeit über die neue Position der Kommission Justitia et Pax zu Atomwaffen. Die Zeit der Akzeptanz ist endlich überwunden. Friedhelm Boll, der von sich selber sagt, er sei ein pax christi-Kind, weil seine Mutter in den 50er-Jahren in Trier führend pax christi mitgestaltete, berichtet von einer Delegationsreise nach Maillé. 1944 wurde das Dorf, wie das viel bekanntere Oradour, von der Wehrmacht zerstört. Erst jetzt ergreifen Zeitzeug*innen und deren Nachfahren das Wort und sprechen mit pax christi-Vertreter*innen über die Vergangenheit. Ein Zeichen dafür, wie lange Schmerz und Schweigen das Miteinander belasten.

Was sind eigentlich die regionalen Besonderheiten der pax christi-Bewegung? Darüber will die pax_zeit berichten und probiert auch 2020 wieder eine neue Form dafür aus: Die Kurzmeldungen der letzten Jahre hat die Redaktion ad acta gelegt und stellt nun in jedem Heft vor, was einzelne pax christi-Diözesanverbände ausmacht: Wir starten mit Köln.

Dr. Meron Mendel schildert seine persönlichen Erfahrungen mit der BDS-Bewegung und wünscht sich von pax christi ein gemeinsames Aufmerksammachen auf die Gefahren dieser Kampagne. Die pax_zeit wird dieses Thema weiter begleiten.

Ein anderer Fokus, der sich durch das Jahr ziehen wird, sind die Projekte, in die pax christi junge Freiwillige entsendet. Diese Partnerschaften brauchen die inhaltliche Begleitung der Bewegung und die pax_zeit will sie wieder bekannter machen. In diesem Heft schildert Henriette Vohn ihre Eindrücke. Sie war als Freiwillige in Oświęcim.

Interessante Impulse bei der Lektüre auch aller weiteren Artikel wünscht

Christine Hoffmann



Foto: pax christi Köln

Die pax_zeit stellt ab dieser Ausgabe die pax christi-Diözesanverbände in einem neuen Format vor. Den Beginn macht Köln auf Seite 21.



pax christi ist aktiv im „Bündnis Kindersoldaten“

„Nach der Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011 ist die Bundeswehr eine Freiwilligen-Armee. Sie stellt auch 17-Jährige mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter als freiwillige Soldatinnen und Soldaten ein. Im Jahr 2019 haben 1.706 17-Jährige ihren Dienst angetreten. Das entspricht einem Anteil von 8,5 Prozent an der Gesamtzahl der Dienstantritte. Im Jahr 2018 waren es noch 1.679 17-Jährige (8,4 Prozent). Die Zahl der eingestellten Minderjährigen ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Das ist nicht gut. Die Einstellung Minderjähriger sollte die Ausnahme bleiben, Volljährigkeit die Norm.“

Aus dem Bericht des Wehrbeauftragten der Bundeswehr 2019, Seite 32



www.kindersoldaten.info

Spenden unterstützen pax christi

pax christi-Spendenkonto: Pax Bank eG,
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Henriette Vohn Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de
Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 2_2020: 26.03.2020
Beilage Unterschriftenliste und Factsheet „Unter 18 nie!“

Inhalt

Friedensfragen

Seite 4
Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung

Interview mit Heinz-Günther Stobbe

Seite 6
75 Jahre nach dem Massaker

Friedhelm Boll

Seite 8
Salat, Boykott und Antisemitismus

Meron Mendel

Seite 10
Gerechten Frieden weiterdenken

Christine Hoffmann

Seite 12
Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Jan Gildemeister

Gesellschaftlicher Frieden

Seite 14
Kirchenasyl als Solidarisierung

Max Oliver Schmidt

PCI-Sektionen

Seite 16
Wir feiern 75 Jahre pax christi Frankreich

Alfonso Zardi

Freiwilligenprojekte

Seite 18
„Never again doesn't mean that we are safe“

Henriette Vohn

Meldungen

Seite 20
Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

Seite 20
Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Diözesanverbände im Profil

Seite 21
pax christi in der Diözese Köln

Josef Roberg

Aus der Bewegung

Seite 22
Friedenspolitik in Parteien stärken

Seite 22
pax christi-Mitgliedervernetzung

Glaube Perspektive

Seite 23
Jesus meinte es wirklich ernst. Gedanken zur Bergpredigt.

Peter Kohlgraf



We can do it – eine Konversionsgeschichte

Werden die 20er-Jahre das Jahrzehnt der Abrüstung? Das Titelfoto zeigt die Kraft, die wir in dieses Ziel stecken können. Allerdings hat dieses Motiv eine kriegerische Entstehungsgeschichte. Das amerikanische Originalfoto zeigt die fiktive Person Rosie the Riveter. Sie symbolisierte die Frauen, die zu Tausenden während des Zweiten Weltkriegs in der Rüstungsindustrie arbeiteten. Während des Krieges 1942 wurde das Poster von J. Howard Miller (1918–2004) „We Can Do It!“ beim Westinghouse-Konzern intern verwendet.



Foto: Vatican Media / Romano Siciliani / KNA

Junge Menschen aus Hiroshima und Nagasaki zeigen Papst Franziskus während der Generalaudienz am 19. Juni 2019 auf dem Petersplatz im Vatikan Fotos, die nach den Atombombenabwürfen 1945 entstanden sind.

Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung

Interview mit Heinz-Günther Stobbe

Die deutsche Kommission *Justitia et Pax* hat den wegweisenden Beschluss „Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung“ veröffentlicht. Worum geht es da genau?

Die AG Gerechter Friede von *Justitia et Pax*, die für die Erarbeitung der Stellungnahme verantwortlich war, hat sich ausschließlich mit der Frage beschäftigt, ob sie die von Franziskus vertretene Position teilen kann, obwohl diese von der römisch-katholischen Lehrtradition abweicht. Es ging also zunächst einmal um ein innerkatholisches Problem als Teil einer fälligen und dringlichen innerkirchlichen Auseinandersetzung über die atomare Abschreckung, erst in zweiter Linie um ein sicherheitspolitisches oder gesellschaftliches Thema. Die Arbeitsgruppe hat noch einmal die wichtigsten ethischen und völkerrechtlichen Prinzipien, die hinsichtlich der atomaren Abschreckung von Belang sind, erörtert und vor allem geprüft, ob die wichtigste Bedingung für die ethische Tolerierung dieser Kriegsverhütung erfüllt ist, nämlich ob der erkennbare Wille der Politik vorhanden ist, sie

zu überwinden. Die Arbeitsgruppe kommt zu dem Schluss, dass das nicht der Fall ist und deshalb der Schritt von Papst Franziskus konsequent und richtig ist.

Welche Geschichte hat diese Positionierung? Wie ist es dazu gekommen?

Justitia et Pax hatte bereits im Jahr 2008 ein umfangreiches Papier zur Atomwaffen-Problematik veröffentlicht, das ganz auf der Linie der offiziellen Lehrtradition lag, aber angesichts damals aktueller Entwicklungen die Bedingungen für eine ethische Akzeptanz der atomaren Abschreckung noch einmal deutlich unterstrich. Den Anstoß für die aktuelle Studie gab die Teilnahme von zwei Mitgliedern der Kommission an der vom Vatikan im November 2017 in Rom veranstalteten Konferenz zur atomaren Abrüstung, in deren Verlauf der Papst seine Position erstmals öffentlich vertreten hat.

Justitia et Pax schließt sich der Überzeugung des Papstes an, schon der Besitz von Atomwaffen sei nicht zu verantworten,

Papst Franziskus ist ein starker Verfechter des Atomwaffenverbots.

Der Vatikan ratifizierte deshalb bereits 2017 den UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Der Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag solche Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, diese Handlungen zu unternehmen. Untersagt wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden.

aber nicht der Forderung nach Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung, obwohl der Vatikan zu den Erstunterzeichnern gehört. Was sind die Gründe dafür?

Der Hauptgrund dafür liegt im eng begrenzten Anliegen der Stellungnahme, die sich auf den ethischen Aspekt der atomaren Abschreckung konzentrieren sollte. Sie enthält daher keinerlei konkrete politische Forderungen, abgesehen von der allgemeinen Aufforderung, in der internationalen Politik alles für ein Klima zu tun, das Verhandlungen und Vereinbarungen überhaupt erst möglich macht. Im Augenblick geht es vordringlich darum, den fortschreitenden, bedrohlichen Zerfall der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik aufzuhalten, denn nur dann besteht eine Chance, den Atomwaffenverbotsantrag zu einem effektiven Instrument zur tatsächlichen Abschaffung der Atomwaffen zu machen. In dieser Hinsicht trägt die Bundesregierung eine große Verantwortung. Eine Unterzeichnung des Verbotsvertrages durch unsere Regierung dürfte nur im Kontext einer Neuorientierung der NATO-Politik zu erwarten sein, die auch die Erfordernisse der Bündnispolitik verändern würden.

Wie geht es jetzt weiter? Welche Pläne zur Verbreitung der Position hat Justitia et Pax?

Die Satzung der Kommission weist ihr eine zweifache Funktion zu, die eine Zwischenstellung zwischen Kirche einerseits sowie Gesellschaft und Politik andererseits bedingt: Sie soll Entwicklungen dort wahrnehmen und sozialetisch beurteilen und ihre Ergebnisse in die Kirche sowie in Gesellschaft und Politik hinein vermitteln. Die Stellungnahme zur atomaren Abschreckung ist bereits als solche ein Beitrag in diesem Sinne. Sie könnte als Grundlage für Gespräche, Vorträge und Veranstaltungen inner- und außerhalb der Kirche dienen und das geschieht bereits. Dadurch die öffentliche Auseinandersetzung über dieses Thema zu befördern, stellt das zentrale Anliegen der Kommission dar. Sie wird sich in

diesem Sinne besonders darum bemühen, mit ihren gleichsam natürlichen Gesprächspartnern, den anderen Justitia et Pax-Kommissionen in Europa, in eine Diskussion zu kommen. Die Initiative des Papstes schafft ja noch keinen wirklichen Konsens, sondern stellt einen wichtigen und in der Tat wegweisenden Impuls dar. Doch der Weg selber liegt noch vor uns, und wir wissen als Kommission aus Erfahrung, dass er auch in der Kirche ziemlich lang und steinig werden wird, von Politik und Gesellschaft ganz zu schweigen. Der beachtliche Erfolg von ICAN sollte uns da nicht täuschen. Aber Nüchternheit ist nicht Resignation, die uns weder unser Glaube noch die Sache, um die es geht, erlaubt.

Prof. Dr. i. R. Heinz-Günther Stobbe aus Münster ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von pax christi und der Kommission Justitia et Pax.

Die Fragen stellte Christine Hoffmann



Das Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden Nr. 137) steht auf www.justitia-et-pax.de zum Download bereit.

Unaufhebbare Widersprüchlichkeit der Abschreckungsstrategie

Abschreckung hat in der Geschichte keinen Frieden gestiftet, sondern allenfalls eine Atempause gewährt, in der zudem immer wieder daran gearbeitet wurde, sie zu unterlaufen und auszuhebeln. ... Jede Abschreckungspolitik ist durch die Spannung gekennzeichnet, der Kriegsvorbereitung dienen zu sollen, indem der Krieg vorbereitet wird, den man eigentlich nicht führen will. ... Die Paradoxie, dem Versagen der Abschreckung durch Abschreckung vorbeugen zu wollen, bedeutet am Ende, gleichzeitig einerseits an der Fähigkeit und der Bereitschaft zur totalen Vernichtung und andererseits an der Vorstellung eines führ- und gewinnbaren Atomkriegs festhalten zu müssen. Beides läuft auf die moralisch unerträgliche Konsequenz hinaus, schließlich doch tun zu müssen, was niemand tun darf. Diesen Fluch aller Massenvernichtungswaffen hat das Zweite Vatikanische Konzil klar erkannt: „Die besondere Gefahr des modernen Krieges besteht darin, daß er sozusagen denen, die im Besitz neuerer wissenschaftlicher Waffen sind, die Gelegenheit schafft, solche Verbrechen zu begehen, und in einer Art unerbittlicher Verstrickung den Willen des Menschen zu den fürchterlichsten Entschlüssen treiben kann.“

Zitate aus dem Positionspapier von Justitia et Pax „Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung“ (Seiten 10/11)



Foto: Friedhelm Boll

Der Geistliche Beirat Horst-Peter Rauguth im August 2019 in Maillé



Foto: Friedhelm Boll

Auch wenn die pax christi-Fahne klein ist, unser Zeichen dort hat große Bedeutung.

75 Jahre nach dem Massaker

„Maillé: Das Märtyrerdorf auf dem Weg zur Versöhnung.“ *

Friedhelm Boll

In diesem Jahr war pax christi zum dritten Mal hintereinander an der Gedenkfeier des Nazi-Massakers im lange vergessenen Dorf Maillé vertreten. Auf unseren Antrag hin wurde Serge Martin, dem Vorsitzenden der Opfergemeinschaft Pour le souvenir de Maillé, im November 2018 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Im August 2019 hatten sich vier Mitglieder der deutschen pax christi-Sektion und acht Mitglieder von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ zu einer großen Delegation zusammengeschlossen. In dem vom zuständigen Erzbischof aus Tours, Bernard-Nicolas Aubertin, gefeierten Gottesdienst brachte der geistliche Beirat von pax christi, Horst-Peter Rauguth, eine große Friedenskerze zum Altar. Unsere Blumengebinde schmückten die Gedenkstätte: ein Gebinde von pax christi, eins von „Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.“ und eines des deutsch-französischen Vereins Cluny e.V. aus Hamburg. Von den 25 bis 30 Überlebenden des Massakers waren nach einigem Zögern fast alle unserer Einladung zum Gespräch gefolgt. Diese Gespräche bildeten den Höhepunkt der Reise. Auch die Leitung des Opfervereins war völlig überrascht über diese große Bereitschaft zum Treffen mit uns. Wir mussten uns in mehrere Gruppen aufteilen, um allen Gesprächsangeboten gerecht zu werden. Eine kleine Gruppe machte zwei Hausbesuche bei älteren Damen, die trotz ihres Alters und ihrer Gebrechen dabei sein wollten.

Gedenken an die Opfer

Gisèle Bourguoin hatte ihre Teilnahme immer wieder abgesagt. Dann kam sie zusammen mit ihrer Tochter und ihrer 93-jährigen Cousine, um ihre Geschichte vorzutragen. Auch sie war aufgeregt und hatte ihre Geschichte ausgedrückt mitgebracht und sich gleichzeitig einen Zettel mit Stichworten bereit gelegt. Der Tag des Massakers war ihr Geburtstag. Noch immer treibt es sie um, dass sie mit ihrer Familie und ihrer Cousine stundenlang in höchster Angst im Keller saß und sie immer nur denken konnte, wie schrecklich ihr Geburtstag sei. Während ihr Tränen in die Augen stiegen, sagte sie, dass sie in ihrem gesamten Leben nie mehr Geburtstag gefeiert habe, weil der Tag ja immer dem Gedenken an die Opfer gewidmet war. Befriedigt fuhr sie wieder nach Hause – froh unserer Delegation ihre Geschichte erzählt zu haben.

Wie in diesem Fall, war es den Zeitzeug*innen wichtig, so genau und so ausführlich zu erzählen, wie sie nur konnten. Eine Zeitzeugin lud uns ein, mit ihr den noch immer existierenden Stall zu besichtigen, in dem ihre Familie überlebt hatte. Niemand dürfe diesen Stall abreißen. Eine Zeitzeugin berichtete, dass sie nach der Ermordung ihrer Mutter von der Stiefmutter in verschiedene Heime gegeben wurde und immer wieder große Probleme hatte: Niemand wollte sie haben, niemand wollte von ihren traumatischen Kindheitserlebnissen etwas wissen. Überaus dramatisch verlief die Rettung einer Familie, die mitansetzen musste wie eins der Kinder auf den Hof lief. Der Vater wollte den Jungen zurückholen, wurde aber vom Rest der Familie zurückgehalten, weil er sonst das Familienversteck verraten hätte. Die lebenslangen Schuldgefühle dieser Eltern kann man sich ausmalen.

„Zweifellos bildete der Besuch unserer Delegation einen Einschnitt in der Erinnerungsgeschichte Maillés. Zum ersten Mal hatten die Überlebenden eine solche Einladung von einer deutschen Besuchergruppe erhalten, zum ersten Mal waren sie in großer Zahl einer solchen Einladung gefolgt.“

Das Schweigen der Zeug*innen

Selbstverständlich spielten auch die Jahre nach dem Massaker eine große Rolle in den Gesprächen. Da war von Klaustrophobie die Rede, von der eine unserer Zeuginnen noch immer heimgesucht wird und die sie wohl zu Recht auf die frühkindliche Angst im dunklen Keller zurückführte, in dem sie als Zweijährige einen ganzen Tag bei Revolverschüssen, Brandgeruch und Bombeneinschlägen zubringen musste. Da wurde von einem Überlebenden erzählt, der unter den erschossenen Eltern lag und nur überlebte, weil er sich tot stellte aber rechtzeitig verschwinden konnte, als die Flammen der brennenden Leichen auf seine Kleider überzugehen drohten. Ein anderer berichtete, dass er und seine Familie in Tours bereits ausgebombt waren und danach in Maillé Zuflucht gefunden hatten. Sie konnten sich im Keller der Sakristei retten. Jetzt

hatten sie wirklich überhaupt nichts mehr, nicht einmal Kleidung.

Ein großes Thema bildete das lange Schweigen der Zeug*innen, das auch die nachfolgende Generation belastete. Eine 92-jährige Dame, die sich an viele Einzelheiten des Massakers sowie an die Wochen des Aufräumens an der Seite ihres Vaters erinnern konnte, war mit drei ihrer vier Kinder erschienen. Diese begleiteten ihre Mutter, weil sie zum ersten Mal etwas von den damaligen Erlebnissen ihrer Mutter erfahren wollten. Offenbar hatte unsere Einladung die ältere Dame veranlasst, jetzt endlich uns, den Deutschen, wie auch ihren Kindern gegenüber ausführlich zu berichten.

Die Tränen in den Augen der Zuhörer*innen und der Berichtenden beendeten das Gespräch. Zweifellos bildete der Besuch unserer Delegation einen Einschnitt in der Erinnerungsgeschichte Maillés. Zum ersten Mal hatten die Überlebenden eine solche Einladung von einer deutschen Besuchergruppe erhalten, zum ersten Mal waren sie in großer Zahl einer solchen Einladung gefolgt. Die Berichte des schrecklichen Geschehens und des anschließenden kollektiven Schweigens wirkten lange in uns fort. Tief betroffen von den aufwühlenden, persönlichen Erzählungen und den starken Emotionen, die wir erlebt hatten, verließen wir Maillé. Die Versöhnungsarbeit mit Maillé hat jetzt eine völlig neue Dimension bekommen.

Prof. Dr. Friedhelm Boll war bis 2010 wissenschaftlicher Referent in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und Prof. für neuere und Zeitgeschichte an der Universität Kassel. Er ist Mitglied im Vorstand von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“; Mitglied im Kuratorium der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und im wissenschaftlichen Beirat von pax christi.



* Am 27.8. brachte die Regionalzeitung La Nouvelle République einen ganzseitigen Artikel über unseren Besuch mit dem Titel: „Maillé: Das Märtyrerdorf auf dem Weg zur Versöhnung.“

Salat, Boykott und Antisemitismus.

Eine persönliche Bilanz zur BDS-Frage

Meron Mendel

*Wie nehmen Sie die aktuellen Debatten um BDS und Antisemitismus wahr? Und: Was wäre zu tun – oder was wären die Voraussetzungen dafür, um aus der Sprachlosigkeit der Verfechter*innen verschiedener Positionen der Nahostpolitik hier in Deutschland heraus in einen Dialog zu kommen?*

Mit diesen Fragen hat sich die pax_zeit an den Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt gewandt. Im Folgenden

präsentieren wir – wie im Editorial der pax_zeit 3_2019 angekündigt – die andere Sicht.

*pax christi ist nicht Teil der BDS-Kampagne, setzt sich aber angesichts der politischen Beschlüsse im Sinne der Meinungsfreiheit dafür ein, auch die Debatte mit Vertreter*innen dieser Kampagne in Deutschland führen und dafür öffentliche Räume anbieten zu können. (vgl. pax_zeit 3_2019 Seiten 16/17)*

Anfang der Neunziger gab es noch keine Bio-Produkte in Israel. Als verpackte Salate mit dem Aufdruck „biologisch, ohne Chemikalien“ im Supermarkt auftauchten, wollten meine Eltern das neue Produkt probieren. Darüber entflammte bei uns der Streit: Die Salatblätter kamen aus dem Siedlungsblock Gush Katif im Gazastreifen. Ich kann mich noch lebhaft an die Diskussion erinnern, als ich meine Eltern zu überzeugen versuchte, Siedlungsprodukte zu boykottieren. Mein Erfolg war mäßig, trotzdem bin ich meinem privaten Boykott treu geblieben. Siedlungen im Gazastreifen gibt es nicht mehr, 2005 räumte der damalige Ministerpräsident Ariel Sharon alle Siedlungen in Gush Katif. Dass der Boykott vieler Israelis einen Einfluss auf Sharons Entscheidung hatte, ist eher unwahrscheinlich. Vielmehr fielen die getöteten israelischen Soldaten und Zivilisten sowie die hohen Militärausgaben ins Gewicht.

Von der Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS) habe ich zum ersten Mal in Deutschland gehört. Ich kann mich sogar an den genauen Tag erinnern: Wir hatten ein Austauschprojekt zwischen Lehrkräften einer Schule aus Frankfurt und einer arabischen Schule in Israel organisiert. Zu meiner großen Überraschung berichtete mir die Kontaktlehrerin, dass zwei deutsche Lehrer „aus Solidarität mit Palästina“ den Austausch boykottierten. Mir schien, dass dem Ganzen ein Missverständnis zugrunde liegen müsse: Schließlich ging es um eine Kooperation mit einer arabischen – in ihrem Verständnis: palästinensischen – Schule. Ich bat um ein Gespräch mit den beiden Lehrern.

Geschlossenes Weltbild

Die beiden erklärten mir, dass sie als BDS-Anhänger jegliche Form des Kontakts mit dem Land Israel ablehnen (das Gespräch mit mir, dem israelischen Staatsbürger, war wohl eine Ausnahme). Mit beeindruckendem Selbstbewusstsein belehrten sie mich, dass jedes Projekt in Israel eine Unterstützung der

„Apartheid“ bedeute. Allein der Gang durch die Passkontrolle im Ben-Gurion-Flughafen war aus ihrer Sicht eine unzulässige Kooperation mit dem „Regime“. Einen Widerspruch darin, dass ihre Palästinasolidarität effektiv zum Boykott einer palästinensischen Schule führte, sahen sie nicht. „Im Gegenteil“, monierten sie vehement, „die arabische Schule ist dem israelischen Erziehungsministerium unterstellt. Sie ist Teil des Unrechtssystems.“ Ich merkte, dass keine Tatsache, kein Argument das geschlossene Weltbild der beiden selbstgerechten Lehrer durchdringen konnte. Ich werde nie vergessen, wie ich unseren kopfschüttelnden Freunden von der arabischen Schule den Vorfall zu erklären versuchte.

Diese Begegnung hat mir klar gemacht, dass die BDS-Bewegung mit meinem privaten Salatboykott wenig zu tun hat. Denn der war, bei aller Kritik, von einer tiefen Liebe zum Land und seinen Menschen geprägt. Doch bei BDS geht es nicht um Siedlungen oder politische Entscheidungen einer israelischen Regierung, sondern um das eigene Selbstwertgefühl. Bei den vielen Gesprächen, die ich seither mit BDS-Anhänger*innen geführt habe, hörte ich sehr oft Sätze wie „ich habe viele israelische Freunde, und die denken ähnlich“ – für mich inzwischen nur eine Variante von „ich habe nichts gegen Juden, aber“. Sehr schnell geht es dann zum „Ghetto“ Gaza oder zu Gerüchten über die „jüdische Lobby“ in Amerika. So gut wie nie geht es um die Frage, was Palästinenser*innen und Israelis brauchen, um den Konflikt zu beenden. Das Sprechen über den Nahostkonflikt ist bloß vorgeschoben, die reale Situation vor Ort ist BDS-Anhänger*innen letztlich egal. Es geht ihnen um Ausgrenzung – und ein Ventil für tiefsitzende antisemitische Ressentiments.

Auswirkungen des Boykotts

Das merkt man schon an der Art der Erfolge, die BDS hat. Kaum Erfolg hat der wirtschaftliche und politische Boykott – seit dem Aufkommen der Bewegung haben sich die ausländischen



Foto: Samueles / Pixabay.com

Investitionen in Israel mehr als verdreifacht, die Beziehungen mit Indien, China und vielen afrikanischen Staaten entwickeln sich positiv. Wer unter dem Boykott leidet, sind vor allem die Dialogprojekte zwischen Palästinenser*innen und Israelis – genau der Frieden, um den es BDS doch angeblich geht. Auch israelische linke Intellektuelle der Friedensbewegung, die es schon in Israel unter Netanjahu nicht leicht haben, werden an Unis in den USA und Großbritannien boykottiert. Und auch die Regierung Netanjahu nimmt an BDS keinen Schaden – im Gegenteil kann sie BDS immer wieder als Zeugnis dafür heranziehen, wie isoliert Israel ist, und zieht noch mehr verängstigte Menschen auf ihre Seite. Netanjahu und BDS brauchen einander.

So lässt sich auch erklären, warum die meisten Forderungen von BDS so maßlos, so ohne konkreten Bezug zum Leben vor Ort sind. Ein Rückkehrrecht für die Palästinenser*innen, die während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1947–1949 aus ihrer Heimat flohen, ist praktisch nicht umsetzbar, ohne

Israel als jüdischen Staat abzuschaffen. Die Dämonisierung des Staates Israel als alleinigen Aggressor, ohne Rücksicht auf das Handeln international bestens vernetzter Terrororganisationen; die geschmacklosen Vergleiche Israels mit Nazi-Deutschland oder der Apartheid Südafrikas; und schließlich das Bedürfnis, alle Jüdinnen und Juden weltweit für das Verhalten einer Regierung verantwortlich zu machen – sie alle zeigen mir jeden Tag aufs Neue, dass BDS keineswegs das Beste für Israel und die Palästinenser*innen im Sinn hat. Gerade in linken, diskriminierungssensiblen Strukturen genießt BDS viele Sympathien. Ihnen die antisemitischen Argumentationsmuster deutlich zu machen, die BDS verwendet, wäre eine zentrale Aufgabe, um der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dr. Phil. Meron Mendel ist Erziehungswissenschaftler, Historiker und seit 2010 Direktor der Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen.



Gerechter Friede II wird erarbeitet

Friedensethische Meilensteine dürfen nicht verloren gehen

Christine Hoffmann

Worauf würde pax christi in einem aktuellen friedensethischen Grundlagentext fokussieren? Erste Gedanken dazu stellt die pax_zeit hier – zugegebenermaßen holzschnittartig – vor. In den kommenden Heften wird es weitere Artikel dazu geben.

Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ (GF) aus dem Jahr 2000 ist ein wichtiger Meilenstein der Friedensethik für die Katholische Kirche in Deutschland. Der Gerechte Friede wird als eine neue Perspektive dem Konzept des Gerechten Krieges entgegengestellt. Nun hat die Kommission X, Weltkirche, der Deutschen Bischofskonferenz, die in friedenspolitischen Fragen eng mit der Kommission Justitia et Pax zusammenarbeitet, eine Redaktionsgruppe für „Gerechter Friede II“ eingesetzt. Dieser Schritt ist angesichts der weltpolitischen Entwicklungen in den zwanzig Jahren seit der Veröffentlichung des Hirtenwortes sehr begrüßenswert – zumal pax christi bereits im Jahr 2015 einen Kongress unter das Motto stellte: „Gerechter Friede weiterdenken“.

Option für Gewaltfreiheit stärken

Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ analysiert überzeugend die Ursachen des Unfriedens. Soziales, Wirtschaft, Recht, Internationale Verhältnisse etc. werden in diesem Hirtenwort sorgfältig reflektiert und Wege aus den Gewaltverhältnissen gesucht. Der Raubbau an der Schöpfung durch die Industrienationen, das Wohlstandsgefälle und die ökonomischen Ausbeutungsstrukturen werden als Gefahrenherde gesehen, selbst wenn die Waffen schweigen. Auch wird betont, „dass Gewaltfreiheit nichts zu tun hat mit einer passiven oder gar feigen Haltung angesichts von Unrecht, Krieg und Gewalt.“ (GF 69) Das erste Kapitel „Gewaltfreiheit in einer Welt der Gewalt. Die biblische Botschaft vom Frieden“ schließt mit dem Gedanken: „Die geltende Weltordnung [...] geht nüchtern vom menschlichen Hang zur Gewalt aus. Sie rechnet damit, dass bei einzelnen Menschen wie bei ganzen Völkern wider alle Vernunft Gewalt ausbrechen kann. [...] Der Friede des messianischen Gottesvolkes setzt dagegen das Wunder



Foto: hehlich / Pixabay.com

voraus, dass Menschen Gott und einander vorbehaltlos vertrauen und deswegen völlig auf Gewalt verzichten können. Das als Wunder, das die Vernunft übersteigt, wahrzunehmen, vermag nur der Glaube. Aber die Vernunft kann durchaus einsehen, dass die Haltung, die diesem Wunder entspringt, die Grenzen der durch Gewaltandrohung gesicherten Ordnung zu überschreiten hilft. In diesem Sinne führt der Glaube die Vernunft über sich selbst hinaus, ohne sie von sich wegzuführen.“ (GF 56) Mein Resümee: In diesem Hirtenwort ist vieles, das nicht verloren gehen darf.

Konflikte politisch bearbeiten

Bei der Konzeption eines neuen Hirtenwortes muss es nach wie vor darum gehen, die biblische Option der Gewaltfreiheit konkret auf die politische Wirklichkeit zu beziehen. „Und gerade hier liegt die zentrale Herausforderung: Politische Instrumente zum Umgang mit Konflikten zu schaffen, die die Frage nach bewaffneten Interventionen als letztem Ausweg so weit wie nur irgend möglich überflüssig macht. Eine Gewöhnung an das Mittel der Gewaltanwendung kann es unter dem Vorzeichen des gerechten Friedens nicht geben.“ (GF 160)

Nicht immer führte seit dem Jahr 2000 die gewaltfreie Option zu einer Ablehnung militärischer Einsätze durch

die Katholische Kirche. Die Annahme, es seien keine gewaltfreien oder gewaltärmeren Handlungsoptionen vorhanden, um einen Völkermord oder schwerste Menschenrechtsverletzungen an den Jesiden zu verhindern, führte im August 2014 zur Befürwortung der deutschen Waffenlieferung in die Konfliktregion Nord-Irak durch die Bischöfe. pax christi kritisierte diese Waffenlieferung in eine Konfliktregion scharf. In ihrem „Rüstungsexportbericht 2014“ betont die Gemeinschaft Kirche und Entwicklung (GKKE), dass sich die „punktuellen westlichen Interventionen [...] einmal mehr als unzureichend und konfliktverschärfend erwiesen“ (S.82) haben. Dieser Fall steht exemplarisch für die Herausforderung vor der die Friedensethik steht.

Konkretisierung für die Gewaltfreiheit

Papst Franziskus hat mit seinen Worten zum Weltfriedenstag 2017 „Gewaltfreiheit als Stil einer Politik für den Frieden“ eingefordert. Er erteilt uns Christ*innen damit den Auftrag, gewaltfreie Maßnahmen gerade bei drohender äußerster Gefahr einzusetzen. „Gerechter Friede II“ ist gefragt, Klarheit zu schaffen, damit gerade in der Bewertung solcher Lagen nicht zurückgegriffen wird auf Notwehr in Form militärischer Intervention oder Waffenlieferung samt Ausbildung/Ertüchtigung. Denn gerade im Ernstfall des Friedens sind gewaltfreie Maßnahmen gefragt. Vertrauensbildung, Diplomatie, Prävention, Frühwarnsysteme, Abrüstung und Verhandlung sind Wegweiser zu diesem Ziel.

Die „Catholic Non-Violence Initiative“ der pax christi-Bewegung setzt weltweit solche Impulse. Ich wünsche mir, dass die vielen kundigen pax christi-Mitglieder nun den Entstehungsprozess eines neuen friedensethischen Hirtenwortes begleiten und Impulse geben, die helfen, den Glauben an Gewaltanwendung als letztes Mittel der Gewaltminimierung zu überwinden und auf die „Ultima Ratio“ zu verzichten.

Christine Hoffmann ist Generalsekretärin der deutschen pax christi-Sektion.

Call for papers

Einladung friedensethische Impulse aufzuschreiben

Die pax_zeit lädt alle pax christi-Mitglieder, die sich mit friedensethischen, theologischen und friedenspolitischen Fragen befassen, dazu ein, uns Texte zuzuschicken, die folgende Fragen beantworten: Worauf sollte sich ein Hirtenwort zum Thema Frieden aktuell fokussieren? Welche Impulse können die Deutschen Bischöfe jetzt geben, um den Weltfrieden zu fördern? Welche Themen müssen jetzt reflektiert und neu angestoßen werden? Mit diesen Texten kann das Thema in der pax_zeit und auf www.paxchristi.de weiter vertieft werden.



Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Kundgebung der EKD-Synode bedeutet einen Schritt nach vorne

Jan Gildemeister

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) befasste sich im November 2019 mit dem Schwerpunkt „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Vorgeschaltet war erstmals ein zweijähriger, teil-partizipativer Vorbereitungsprozess, in den Know-how aus der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und der (landeskirchlichen) Friedensarbeit einfließen. Die kontrovers diskutierte, aber mit nur einer Gegenstimme beschlossene Kundgebung ist ein Kompromiss, der dennoch in vieler Hinsicht einen Fortschritt markiert.

Der theologische Einstieg spannt einen Bogen zwischen Theologie, Spiritualität, Ethik, Friedensarbeit und politischer Positionierung. Dort heißt es: „Wir sind aufgerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.“ Nach Erwähnung steigender Ausgaben für Rüstung und Militär und enttäuschender Bilanz militärischer Einsätze wird festgestellt: „Eine gerechtere, ressourcenschonendere und die Würde achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen las-

sen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten.“

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz

Die Kundgebung geht der Frage nach, wie (militärische) Gewalt und kriegerische Mittel durch Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt sowie konstruktive Konfliktbearbeitung überwunden werden können. Gefordert wird beispielsweise im Bundesetat mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes u. a. für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention sowie für gewaltfreie Konfliktbearbeitung einzuplanen.

Hervorgehoben wird die Bedeutung von einer nachhaltigen Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden. Die Synode spricht sich „für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. (...) Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug.“ Im Kapitel zum gesellschaftlichen Frieden wird festgehalten: „Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe“. Handlungsbedarf

„Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.“

wird insbesondere bei der Kirche selber gesehen, als Bündnispartner zur Gestaltung des Gemeinwesens ebenso wie im Bereich der Friedensbildung und Konfliktbearbeitung.

Stimme für den Frieden

Bezogen auf die internationale Ebene fokussiert die Kundgebung auf die Europäische Union „als Projekt des Friedens und der Versöhnung“. Gemeinsam mit anderen Kirchen in Europa „wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein“. Neben einem Ausbau friedensfördernder Institutionen und Instrumente und einer friedensverträglichen (Außen-) Politik fordert die Synode auch restriktivere Rüstungsexportregelungen in Deutschland und auf EU-Ebene. Als friedensethische Herausforderungen werden die Autonomisierung von Waffensystemen, der Cyberraum und Atomwaffen näher beschrieben. „Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein“. Bei Atomwaffen werden Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE als Voraussetzung dafür genannt, damit die Bundesregierung konkrete Schritte einleiten sollte mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

Überwindung der militärischen Gewalt

Der Kundgebungstext ist aus zwei Gründen bemerkenswert: Zum einen durch seinen Fokus darauf, dass (militärische) Gewalt durch Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung überwunden werden muss. Die Frage, ob bzw. unter welchen



Voraussetzungen militärische Gewalt als „ultima ratio“ notwendig oder gerechtfertigt ist, wird im Gegensatz zur EKD-Friedensdenkschrift nicht behandelt. Stattdessen wird darauf hingewiesen, dass sich die vorhandenen Probleme nicht militärisch lösen lassen und dass durch gewaltfreie Mittel viel bewirkt wurde und werden kann. Das zugrunde liegende Sicherheitsverständnis hat entsprechend nicht „Bedrohungen“ für Deutschland und seine wirtschaftlichen Interessen im Blick, sondern die Sicherheit aller Menschen und die gemeinsame Sicherheit von Staaten.

Zum zweiten enthält der Kundgebungstext eine Vielzahl wichtiger politischer Forderungen, Impulse und Selbstverpflichtungen. Es wird nun darauf ankommen, dass diese auch in den politischen Äußerungen und in der kirchlichen Praxis ihren Niederschlag finden. Damit verbunden ist die Frage, ob die EKD der evangelischen Friedensarbeit mit dem Ratsbeauftragten für Friedensarbeit an der Spitze die berechnete Anerkennung beimisst und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellt.

Was hingegen fehlt ist eine direkte, deutliche Kritik der aktuellen Sicherheitsstrategie und -politik und die Unterstützung der Initiative „Sicherheit neu denken“. Zudem konnte sich die Synode der EKD nicht zu einer klaren Ablehnung der nuklearen Abschreckung und der Forderung an die Bundesregierung, unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, durchringen. Hier sind der Ökumenische Rat der Kirchen sowie die katholische Kirche einen Schritt weiter gegangen.

Jan Gildemeister ist Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF). Der Politikwissenschaftler ist Experte für Friedenspolitik, zivile Konfliktbearbeitung, internationale Freiwilligendienst und Friedensarbeit.



Foto: pax christi Frankreich

Aus der Gründungsphase in Frankreich

Wir feiern 75 Jahre pax christi Frankreich

Die Wurzeln des Friedens liegen in der Versöhnung mit der Schöpfung

Alfonso Zardi

pax christi Frankreich hat dieses Jahr Grund zum Feiern. 1945, vor 75 Jahren, startete noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa unsere Bewegung. Auf Initiative von Marthe Dortel Claudot begann der „Kreuzzug der Gebete für das deutsche Volk“. Das Motiv dieses „Kreuzzuges“ war es, die Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen zu fördern, nachdem das deutsche Naziregime eine Spur der Zerstörungen, der Rachegefühle und des Hasses hinterlassen hatte.

pax christi war eine Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes: Sie bewegte die Menschen durch Pilgern, Wallfahrten oder Sommerlager, die Frauen und Männer, Junge und Alte aus vielen europäischen Ländern zusammenführten. pax christi schuf Gelegenheiten, sich kennen zu lernen, zu beten, zu singen und Zeugnis zu geben von der Realität des Friedens in den Herzen der Menschen und der Nationen. Indem wir die Würde und Menschlichkeit des ehemaligen Feindes anerkannten und indem wir im Namen unserer gemeinsamen Geschwisterschaft in Jesus Christus die kulturellen, sprachlichen

und religiösen Kluft überbrückten, war es möglich, im Namen der Versöhnung und der Hoffnung wieder Vertrauen aufzubauen. Es gelang, eine geschwisterliche Hand auszustrecken und einer gemeinsamen Zukunft entgegenzusehen.

Aktiv für den europäischen Integrationsprozess

Vielleicht in Treue zu dieser Vision ist pax christi in Frankreich (das sein Adjektiv „international“ bei der Gründung der Dachorganisation an Pax Christi International/PCI verlor) weiterhin für den europäischen Integrationsprozess aktiv und setzt sich für eine Europäische Union ein, die Frieden, Solidarität und eine ganzheitliche menschliche Entwicklung anstrebt und darauf aufbaut. Aber nicht nur Europa und die Zusammenarbeit mit den Sektionen in Österreich, Belgien/Wallonien, England, Deutschland, Irland, Italien, den Niederlanden, Portugal und Schottland beschäftigen uns. pax christi Frankreich ist auch darüber hinaus aktiv: Wir beten mit den Christ*innen im Nahen Osten und verteidigen die Zwei-Staaten-Option zur Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Wir

pax christi Frankreich hat seit Januar 2020 einen neuen Präsidenten

Monsignore Hubert Herbreteau, Bischof von Agen, geboren 1948, steht seit 2005 an der Spitze der Diözese Agen (Lot-et-Garonne). Bischof Marc Stenger ist nun als Co-Präsident von Pax Christi International / PCI aktiv. Er war 20 Jahre lang Präsident von pax christi Frankreich.



Im Internet: www.paxchristi.cef.fr

behaupten, dass die nukleare Abrüstung sowohl eine Notwendigkeit als auch eine praktikable Option ist. Wir setzen uns für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte auf der ganzen Welt ein, angefangen in unseren Ländern, wo Migrant*innen willkommen sein müssen. Wir praktizieren Erziehung zum Frieden und verbreiten das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Zu diesen Themen bezieht pax christi in Frankreich offiziell Stellung, organisiert oder unterstützt Veranstaltungen und Konferenzen. Wir gehen in den politischen Dialog und erheben die Stimme auch für diejenigen, die das nicht können.

Unsere Kommunikationspolitik bringt diese Themen in die Öffentlichkeit. Sei es über unsere Website, unser vierteljährliches „Journal de la Paix“ oder unser monatliches Bulletin „Pax Info“. Vor der Adventszeit erhalten alle unsere Mitglieder und Freunde eine Sonderausgabe des „Journal de la Paix“ mit Predigtvorschlägen, Hymnen und Meditationen, die ganz der Vorbereitung auf Weihnachten gewidmet ist. Dies verschicken wir auch an alle französischen Pfarreien als Unterstützung, sich in ähnlicher Weise auf Weihnachten vorzubereiten.

Christliche Gewaltlosigkeit fördern

pax christi war immer an der Spitze des katholischen Denkens und Handelns für den Frieden, von der Zeit des „Pacem in Terris“ (1963) bis zu „Laudato Si“ (2015) über unser gemeinsames Haus. Nicht zu vergessen „Populorum Progression“ (1967), die pax christi zum Anlass nahm, zusammen mit anderen christlichen Bewegungen das Katholische Komitee gegen Hunger und für Entwicklung (CCFD) zu gründen. Wir leisten auch einen Beitrag zur aktuellen theologischen und pastoralen Reflexion über „christliche Gewaltlosigkeit“ und fördern gewaltfreie Aktionen, darunter 2020 die Organisation eines Teils des Jai-Jagat-Marsches, der 2019 in Dehli zwischen Lyon und Genf begann.

Aber 2020 wird, so hoffen wir, für unsere alte Organisation einen Neuanfang im Namen der ökologischen Konversion

bedeuten. Zur 75-Jahr-Feier versammeln wir uns vom 1. bis 3. Mai 2020 im Heiligtum der Muttergottes des Friedens in Souvigny (Allier bei Lyon) und stellen die Botschaft von „Laudato Si“ und den Aufruf zur „Bekehrung“ in den Mittelpunkt einer Konferenz und einer kleinen Wallfahrt. Unser Ziel ist es, eine Debatte zu entfachen, die einen Neuanfang für die Bewegung markiert. Unsere Einladung an pax christi Deutschland haben die Bundesvorsitzende Stefanie Wahl und der Geistliche Beirat Horst-Peter Rauguth angenommen und werden dort pax christi Deutschland repräsentieren.

Wenn wir uns zu unserem Jahrestag in Souvigny versammeln, werden wir auch derer gedenken, die durch ihr Handeln und ihren Mut unsere Geschichte möglich gemacht haben. Wir werden entschlossen unsere Kräfte und unsere Visionen vereinen, um die Herausforderung anzunehmen, unsere Gesellschaften, diese einzigartige Menschheitsfamilie, zu der wir alle gehören, wirklich geschwisterlich zu gestalten. Möge der Heilige Geist uns stärken und bei uns bleiben, damit der Frieden, für den wir uns einsetzen, der wahre Friede Gottes werden kann.

Alfonso Zardi ist als Delege National der Stellvertreter des Präsidenten von pax christi Frankreich.

1-2-3
MAI
2020

AUX
RACINES
DE LA
PAIX

SANCTUAIRE
DE LA PAIX
SOUVIGNY(03)

75
PAX CHRISTI
FRANCE

Von den Wurzeln des Friedens



Foto: Netzwerk Kirchenasyl/ Münster

Kirchenasyl als Solidarisierung

Umkämpftes soziales Gut

Max Oliver Schmidt

Der Zugang zu einem fairen Asylverfahren ist ein grundlegendes Recht für Menschen, die aufgrund von Krieg oder Verfolgung aus ihrem Land flüchten. Dieses Verfahren ist in den letzten Jahren jedoch zu einem umkämpften sozialen Gut geworden. Obwohl das Asylverfahren gewährt werden muss, verhindern die EU und ihre Mitgliedsstaaten den Zugang zu diesem administrativen Akt. Gegen diese Exklusion stellen sich insbesondere kirchliche Akteure und fordern mit der Praxis des Kirchenasyls das Recht auf ein faires Asylverfahren ein. Das Kirchenasyl hat sich inzwischen als relevante soziale Praxis im Feld der Asylverwaltung etabliert, um (fälschlicherweise) abgelehnten Asylbewerber*innen die Chance auf ein neues, ordentliches Asylverfahren in Deutschland zu ermöglichen. Eine geschlossene Solidargemeinschaft – in dem Fall die EU – wird so für Menschen geöffnet, die zuvor formell aus dieser ausgeschlossen wurden.

Dass sich die Kirche so intensiv im Feld der Asylverwaltung einbringt, bedingt sich durch die Ausschließungsstrategien der EU, durch die Geflüchtete schnell kriminalisiert und illegalisiert werden. Die territoriale und administrative Schließung des Zugangs zu Asylverfahren wirkt sich auf den

rechtlichen (Schutz-)Status von Geflüchteten aus. So erreichen Flüchtende entweder physisch das Territorium der EU nicht oder können nur in bestimmten Ländern Asyl beantragen. Es gibt schlichtweg keine legalen oder sicheren Fluchtrouten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten können daher als graduell geschlossene Gemeinschaften verstanden werden, die eine Binnensolidarität schaffen und Solidarisierungen mit Geflüchteten strikt regulieren.

Für die Rechte der Geflüchteten kämpfen

Das Asylverfahren ist der Akt, durch den zumindest formal die Mitgliedschaft in der Solidargemeinschaft hergestellt wird und über den Menschen einen formalen Aufenthaltstitel erhalten. Wo dieses Verfahren jedoch verweigert wird, kämpfen in Deutschland Gemeinden und Klöster der christlichen Kirchen in Form des Kirchenasyls für die Rechte der Geflüchteten. Obwohl es keine direkte Gesetzesgrundlage für die Praxis des Kirchenasyls gibt, wird es von staatlichen Stellen meist toleriert. Aufgrund einer Absprache zwischen Kirchenführung und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wurde ein Verfahren eingeführt, durch das Klöster und Gemeinden, die eine abgelehnte Asylbewerberin

Politische Entscheidungen haben dazu geführt, dass die Zahl der Kirchenasylmeldungen drastisch zurückgegangen ist. Laut Bamf gab es in 2018 insgesamt 1521 gemeldete Kirchenasyle. 2019 wurden bis Ende August nur noch 441 Kirchenasyle registriert. Ein Grund dafür ist die verlängerte Zeit von nunmehr 18 Monaten, die Asylsuchende im Kirchenasyl verbringen müssen. (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.09.2019)

aufnehmen, ein Fall-Dossier beim BAMF einreichen können, das den Fall prüft und bescheidet. Kirchliche Organisationen beanspruchen dabei keine eigene Asylhoheit, sondern hinterfragen einen staatlichen Verwaltungsakt, den sie neu aushandeln wollen.

Die Bergpredigt, das christliche Fremdenrecht oder israelitische Fluchtgeschichten dienen oft als Grundlage der Fallinterpretation, wie die folgende Aussage eines Mönches verdeutlicht: „Ich finde die biblischen Fluchtgeschichten sehr wichtig. Und die Gastfreundschaft, die gewährt werden soll. Oder im Neuen Testament, als da Jesus sagt, wenn man die Bergpredigt hört und er sagt ‚Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben (...); ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben.‘ Also so in dem Sinne, oder ‚ich stehe an der Tür klopfen an‘ ... Für mich sind diese Sätze sehr präsent. Und, das ist für mich mehr als eine moralische Instanz. Ich sage Christus klopft an, was kann ich tun?“

Humanitäre Notfälle

Diese empathisch-religiöse Sichtweise genügt jedoch nicht, damit ein Geflüchteter Zugang zum Asylverfahren bekommt. Vielmehr muss die Kirchenorganisation den Fall in eine juristisch-administrative Sprache übersetzen. Im Falldossier wird daher mitgeteilt „was unsere Gründe sind, weshalb wir diese Person ins Kirchenasyl aufnehmen. Und da ist es schon wichtig auch gute Gründe zu haben. Zu merken, also da, da hat die normale Behörde nicht so prüfen können wie



Foto: Markus Spiske / unsplash.com

es die Person gebraucht hat. Oder da sind Dinge nicht beachtet worden in dem Asylverfahren“ (Klosterbruder). Die Kirche übersetzt jedoch nicht nur den Fall, sondern kodiert den Status des Geflüchteten um. Während das BAMF Menschen als abgelehnte Asylbewerber*innen ohne Aufenthaltstitel kategorisiert, beschreibt die Kirche ebendiese als humanitäre Notfälle. Die Kirchenorganisation hybridisiert so zwei Entscheidungslogiken – eine kirchlich-religiöse Gewissens- und eine sachlich-unpersönliche Verwaltungsentscheidung. Es kommt hierbei nicht zu einer Verlagerung der Entscheidungskompetenz, sondern vielmehr wird der Entscheidungskorridor von der staatlichen Organisation durch die kirchliche Deutung verändert.

Die Kirchen schaffen so nicht nur einen Zugang zu einem verwehrten Asylverfahren, sondern schwimmen die Grenzen der Solidargemeinschaft, die nun Sicherheit und Partizipation an Rechten für vormals abgelehnte Asylbewerber*innen garantieren muss. Die Kirche wird zu einer Übersetzerin, die bürokratisch-standardisiertes Verwaltungshandeln durch eine empathische Falldeutung transformiert. Sie reproduziert eine erweiterte Solidarisierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Logiken christlicher Nächstenliebe in das bürokratische Feld der Asylverwaltung implementiert.

Max Oliver Schmidt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam.

„Never again doesn't mean that we are safe“

Freiwilligenarbeit im Zentrum für Dialog und Gebet in Oświęcim/ Auschwitz

Henriette Vohn

Ich bin Henriette, 18 Jahre alt und komme aus Aachen. Nach meiner Abiturprüfung arbeite ich jetzt für ein Jahr als Freiwillige von pax christi im Zentrum für Dialog und Gebet in Oświęcim, auch bekannt als Auschwitz.

Das Zentrum wurde 1992 von Bischöfen aus ganz Europa in Absprache mit Vertretern jüdischer Organisationen gegründet. Es bietet Unterkunft und Raum für Begegnungen und Fortbildungen für Lehrende. Die Bildungsabteilung des Hauses stellt dann ein abwechslungsreiches und vielschichtiges Programm für den Aufenthalt zusammen.

Hinter einer Studienreise steckt viel mehr Arbeit, als ich mir das als Schülerin vorstellen konnte. Nun bin ich selbst Teil des logistischen Aufwands, um anderen die Sicht auf Auschwitz zu ermöglichen, die so wichtig und prägend ist. Als Freiwillige habe ich nur einen minimalen Anteil an der Zugkraft des Zentrums, aber darum geht es gar nicht. Ich denke, dass die Erfahrungen hier viel wertvoller sind, als alles, was ich durch meine Arbeit zurückgeben kann.

Rolle der arbeitenden Frau in Polen

Es mag vielleicht etwas nüchtern scheinen, aber auch an einem Ort wie diesem braucht es Manager. Małgorzata Waligóra ist diese Managerin des Zentrums und trägt Sorge dafür, dass alles in geordneten Bahnen verläuft. Ich nenne sie insgeheim die polnische Marilyn Monroe, da sie immer in Bewegung ist und ich ihre Absätze schon von weitem hören kann, wenn sie durch das Foyer klackern. Viel Zeit hat sie nie, weil mit ihrem Job ein großer Arbeitsaufwand und viel Verantwortung verbunden ist, dennoch hat sie sich einen Moment genommen, um ein paar meiner Fragen zu beantworten. Trotz selbst zugeschriebener Unvoreingenommenheit war ich bei unserer ersten Begegnung von ihrem selbstbewussten und bestimmten Auftreten überrascht. Aber eine Frau in einer Topmanagerposition ist in Polen keine Seltenheit. Im Vergleich zum restlichen Europa hat Polen die meisten weiblichen Angestellten und fast jedes vierte kleine bis mittlere Unternehmen wird von einer Frau geführt.



We can do it – auch in Polen

Geschichtlich begründen lässt sich diese hohe Arbeitsbeteiligung unter anderem durch den frühen Kampf der Frau als „kobiety rycerze“ (kämpfende Frauen), wie zum Beispiel Emilia Plater, an der Seite des Mannes für eine nationale Einheit des ständig zerrissenen Polens. Damit vereinten sie das kämpferische Frauenbild aus dem Untergrund mit der aufopferungsbereiten „Matka Polka“ (Mutter Polens), die eher der traditionellen katholisch geprägten Rolle der Frau entspricht. Zum anderen bildete sich ein Bildungswunsch der Frauen heraus, nachdem sie im postsowjetischen Polen bei der Wirtschaftsreform als erstes von Entlassungen und sinkendem Lohnniveau betroffen waren. In den 90ern formierten sich Oppositionsbewegungen, die bessere Bildung, Arbeit und Gerechtigkeit forderten.

Auch Pani Małgorzata hat viel in ihre Bildung investiert. So graduierte sie in Krakau und erweiterte ihre Kenntnisse zum Antisemitismus, Holocaust und der christlich-jüdischen Zusammenarbeit. Bei einer Arbeit, die maßgeblich aus diplomatischer Vermittlung weltweiter Kooperationen mit Projektpartnern und Delegationen besteht, braucht es das nötige Wissen, um mit Fingerspitzengefühl vorgehen zu können.

Über den Holocaust aufklären

Seit 2009 verwaltet sie das Zentrum für Dialog und Gebet und hofft durch ihre Arbeit einen Beitrag zur Prävention von Gewalt und Menschenhass zu leisten. Ihr berufliches und moralisches Ziel sei immer gewesen, sowohl durch die Arbeit gefordert und weitergebildet zu werden, als auch selber vor allem junge



Foto: Henriette Vohm

Małgorzata Waligóra leitet das Zentrum für Gebet und Dialog in Auschwitz

Menschen über den Holocaust aufzuklären. Davon erhoffe sie sich eine Perspektive auf eine sich stetig verbessernde Welt, in der Menschenrechte geachtet sowie Gewaltverbrechen oder sogar weitere Genozide verhindert werden.

Besonders interessant finde ich, dass Pani Małgorzata in Oświęcim geboren und aufgewachsen ist. Ich kann mir vorstellen, dass das die eigene Wahrnehmung und das Verhältnis zum ehemaligen Nazi-Deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager völlig verändert. Mit 15 Jahren besuchte sie erstmals die Gedenkstätte. Sie beschreibt ihren Zustand von der unmittelbaren Konfrontation als Schock. Nun, über 20 Jahre später und mit wesentlich mehr Wissen fühle sie trotz professionellem Kontakt immer noch das Gleiche: „This shows the power of this place“. Die Gedenkstätte Auschwitz ermögliche den Besuchern die besonders intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zeige die grausame, unverschleierte Wahrheit und fungiere als Mittler von Lehren, die man daraus ziehen könne.

Auf meine Frage, was die wichtigste Lektion sei, die sie bei ihrer Arbeit und Auseinandersetzung mit Auschwitz gelernt habe, antwortete sie: „Never again doesn't mean that we are safe“. Damit möchte Sie zum ständigen Diskurs und einer nicht endenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anregen. Trotz dieser ernsten und verantwortungsschweren Thematik sei es eine wundervolle Aufgabe, die es ihr ermögliche, Menschen aus den verschiedensten Kulturen und Religionen in einer weltoffenen Atmosphäre zu begegnen.

Ich habe großen Respekt vor ihrer Arbeit und bin dankbar für diesen kleinen Einblick. Dass so viele Menschen zu einem respektvollen Umgang und einer friedvollen Zukunft beitragen, finde ich beeindruckend und stimmt mich zuversichtlich.

Wie werde ich „Freiwillige*r“?

Junge Menschen können sich bei pax christi ganzjährig für ein Freiwilliges Internationales Jahr bewerben.

Dauer: 12 Monate (+ Vorbereitungs- und Nachbereitungsseminar)

Alter: zwischen 18 und 30 Jahren

Einsatzgebiete: Polen, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo, Ecuador und Israel/Palästina

Kosten: werden zum Großteil von den Förderprogrammen übernommen und die Freiwilligen bauen sich für verbleibende Kosten einen Unterstützendenkreis auf

Bei Interesse bitte Kontakt aufnehmen: pax christi Aachen, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel. 0241 402 876 oder per Email an: friedensdienste@pax-christi-aachen.de

Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

Deutsch-französische Rüstungsexportförderung

Die Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! kritisierte am 5. November 2019 das deutsch-französische Regierungsabkommen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich. Es trage zur Schwächung der deutschen Exportkontrolle durch Verlagerung der Endmontage von Rüstungsgütern in das noch exportfreundlichere Frankreich bei.

Mehrheit im Bundestag für Rüstungsexportkontrollgesetz

Am 19. November begrüßte die Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!, dass sich im Bundestag Redner von SPD, Die Linke, Bündnis90/Die Grünen und FDP für ein Rüstungsexport(Kontroll-)Gesetz ausgesprochen haben.

Neue Grundsätze nicht restriktiv

Die überarbeiteten Politischen Grundsätze der Bundesregierung zu Rüstungsexporten bestätigen nach einem Factsheet der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! vom 21. Januar die Ausfuhrpraxis eher, als dass sie restriktiver gehandhabt werde.

Kolumbien: Neue Gewalt

Kolumbiens Regierung torpediere zunehmend die Umsetzung des Friedensvertrags mit der Guerilla-Gruppe FARC, erklärte am 21. November pax christi zusammen mit kirchlichen und Menschenrechtsorganisationen. Die Bundesregierung solle auf die Regierung Kolumbiens einwirken, damit die neu aufkommende Gewalt beendet werde.

ÖNZ-Friedenspreis für Jugendprojekt in Burundi

Das Jugendzentrum Kamenge in Burundi erhielt am 9. Dezember den Friedenspreis des Ökumenischen Netzes Zentralafrika für die Ausbildung junger Menschen für friedliches Zusammenleben, Versöhnung und Toleranz. In kaum einer Gegend in der Welt herrsche seit Jahrzehnten derartig extreme Gewalt.



Ausführliche Meldungen: www.paxchristi.de

Nahost-Plan von Trump ist „Völkerrechtsbruch“

Den Vorschlag von US-Präsident Trump, die Annexion der Siedlungen in Ost-Jerusalem und der Westbank mit 600.000 Menschen und das Jordantal zu annektieren, muss nach einer Erklärung der Nahost-Kommission am 30. Januar von Deutschland und die EU als Völkerrechtsbruch zurückgewiesen werden. Eine einseitige israelische Annexion stehe diametral gegen die bisherigen Beziehungen und müsse schmerzhaftige Konsequenzen haben.

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Holocaust betonte pax christi-Präsident Peter Kohlgraf die politische Bedeutung der Erinnerung heute. Auch und gerade wegen des Erstarkens rechtspopulistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien in Deutschland und Europa.

Der neue pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf veröffentlichte im November eine Stellungnahme zur gezielten Tötung des ehemaligen IS-Anführers Abu Bakr al-Bagdadi durch US-Militärs. Al-Bagdadi sei zwar für viel Unheil und den Tod vieler Menschen verantwortlich gewesen. Jedoch sei die Gefangennahme und ein rechtsstaatliches Verfahren der richtige Weg gewesen.

Auch zur gezielten Tötung des iranischen Generals Soleimani nahm pax christi kritisch Stellung. Der Bundesvorsitzende Norbert Richter führte aus: „Wir stehen weder auf der Seite der US-amerikanischen noch auf der der iranischen Regierung. Wir fordern von allen Beteiligten eine gewaltfreie und zivile Konfliktlösung und die uneingeschränkte Einhaltung des humanitären Völkerrechts.“

Die Bundesvorsitzende Stefanie Wahl besuchte mit dem peruanischen Kardinal Pedro Ricardo Barreto das EU-Parlament in Straßburg. Stefanie Wahl: „Von der EU erwarten wir, dass sie dem globalem Menschenrechts- und Umweltschutz Vorrang vor Investorenrechten einräumt. Ein wichtiges Instrument der Zukunft kann ein starker UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von Unternehmen sein, der derzeit von der internationalen Treaty Alliance erarbeitet wird. Die Realisierung eines solchen Vertrages, der auch Demokratie und gerechten Welthandel stärkt, bedarf eines entsprechenden Engagements der EU.“ Der Kardinal forderte das EU-Parlament auf, ein Abkommen zu unterzeichnen, welches die Rechte der indigenen Völker schützt.

Die Redaktion sucht immer wieder neue Formen, die Diözesanverbände in der pax_zeit gut zu präsentieren. Dieses Jahr starten wir mit einer neuen Idee. In jedem Heft werden Diözesanverbände herausgegriffen und mit ihren aktuellen Themen vorgestellt.



pax christi in der Diözese Köln

Josef Roberg

Der Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Kölner Dom ist jedes Jahr aufs Neue Anlass für kontroverse Diskussionen. pax christi-Aktivist*innen hatten immer wieder lautstark gegen die militärisch geprägte Veranstaltung demonstriert. Zu Beginn des Jahres fand nun ein Gespräch zwischen dem Kölner Diözesanvorstand und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) statt. Vorstandsmitglied Reiner Besse nahm am Gottesdienst teil und musste feststellen, dass es „keinen Aufmarsch der Uniformierten (ich hatte andere Bilder im Kopf) gab.“ Die Bänke waren sehr aufgelockert besetzt mit Uniformierten und zivil gekleideten Personen. Der Gottesdienst selbst hätte auch als „Verbandegottesdienst“ gefeiert werden können. Zuvor hatte der Vorstand im Dezember eine Erklärung zum Gottesdienst veröffentlicht und betont: „Als Christen in der katholischen Friedensbewegung pax christi setzen wir der militärischen Konfliktbearbeitung ein Friedensverständnis entgegen, das gewaltfreien Konfliktlösungen und zivilgesellschaftlichem Engagement entschiedenen Vorrang gibt, um die Spirale der Gewalt zu durchbrechen.“

Das Gespräch zwischen dem Vorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Vertretern der Militärseelsorge und dem pax christi-Diözesanvorstand fand in einer ausgesprochen respektvollen Atmosphäre statt. Der geistliche Beirat Bernhard Pastoors beschreibt ein deutliches Interesse der Soldaten an einem Austausch über die verschiedenen Standpunkte. Wichtig ist ihm, als pax christi „wertzuschätzen und anzuerkennen, dass eine Vielzahl von Soldaten ihren Dienst als Friedensdienst verstehen, auch wenn unsere Wege dorthin unterschiedlich sind.“ Dieser Dialog war ein erster Schritt der Kölner*innen, sich mit den katholischen Soldaten auszutauschen. Ein weiterer Termin mit dem Militärdekan Rainer Schnettker ist bereits vereinbart. Schnettker äußerte sich im Verlauf des Gesprächs zur Geschichte des



Foto: Peter Heim

Soldatengottesdienstes: „Wir haben den Weltfriedenstag sozusagen okkupiert. Das hat 1977 keinen gestört.“

Das Gespräch wird nun im Rahmen des „Runden Tisches Frieden“ fortgesetzt, bei dem unterschiedliche Akteure aus dem Kölner kirchlichen Spektrum gemeinsam zu Friedensfragen arbeiten.

Der pax christi-Diözesanverband wird von einem vierköpfigen Vorstand geleitet. Dieser wird durch einen Beirat unterstützt, welcher aus Mitgliedern der pax christi-Gruppen besteht. Neben der Auseinandersetzung um den Soldatengottesdienst, nimmt die Schaffung einer Friedensarbeiter*innen-Stelle einen wichtigen Raum in der Arbeit des Jahrs 2020 ein.

Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und des Bundesvorstandes und lebt in der Diözese Köln.

„Gewaltfreiheit ist ein riesiges Potential, das total unterschätzt wird. Ich engagiere mich bei pax christi, um der aktiven Gewaltfreiheit für Politik, Kirche, Familie und Beruf auch international mehr Bedeutung zu verschaffen.“

Kölner pax christi-Diözesanvorsitzende
Ursula Paulus



Friedenspolitik in Parteien stärken

Ansprechpartner für
Parteimitglieder

Auf der Zukunftswerkstatt gab es die Idee, den pax christi-Mitgliedern, die auch in Parteien aktiv sind, eine Vernetzungsoption anzubieten. Wie wäre es, wenn alle pax christi-Mitglieder, die in einer der Parteien sind, voneinander wissen und einander informieren, wenn irgendwo in der Partei Aktionen oder Beschlüsse mit friedenspolitischer Relevanz vorbereitet werden? Vielleicht könnte so ein Netzwerk die Friedensdebatten stärken, bei den Grünen genauso in der SPD, CDU und bei den Linken.

Mögen die Parteimitglieder es selbst entscheiden, ob sie die Idee sinnvoll finden. pax christi bietet hiermit Ansprechpartner pro Partei an. Wer Interesse an einer Vernetzung hat, melde sich dort.

Für Bündnis 90 / Die Grünen: Martin Pilgram

m.pilgram@paxchristi.de

Für die SPD: Gerold König

g.koenig@paxchristi.de

Für Die Linke: Christof Grosse

c.grosse@paxchristi.de

Für die CDU: Wolfgang Schaupp

w.schaupp@paxchristi.de

pax christi- Mitglieder- vernetzung

Neue Email-Liste für bundesweiten
Austausch

Peter Heim aus Köln hat einen Vorschlag an den pax christi-Bundesvorstand herangetragen, der aufgegriffen und ausprobiert werden soll. Der Kontakt und Informationsaustausch zwischen pax christi-Mitgliedern untereinander per Email soll deutschlandweit durch eine Email-Liste unterstützt werden. Ziel ist es, Informationen untereinander weitergeben und Diskussionen führen zu können. Jedes pax christi-Mitglied kann sich dort selbständig ein- und wieder austragen, die Beiträge der anderen verfolgen oder aktiv Veranstaltungs-, Publikationshinweise, o.ä. teilen.

Ganz herzlich laden wir euch bei Interesse dazu ein, euch durch eine formlose Email an paxaustausch-subscribe@lists.riseup.net anzumelden und den (englischsprachigen) Anweisungen zu folgen. Ganz leicht geht es über unsere Homepage www.paxchristi.de. Da findet ihr alle Links und eine „Gebrauchsanweisung“ gleich dazu.

Im September 2020 wird der Bundesvorstand evaluieren, wie die Liste angenommen wurde und ob sie ein hilfreiches und unkompliziertes Mittel für die Kommunikation zwischen den pax christi-Mitgliedern darstellt, das auf Dauer etabliert werden kann.

Jesus meint es wirklich ernst

Gedanken zur Bergpredigt

pax christi-Präsident Peter Kohlgraf
Bischof von Mainz

Wie ernst ist es uns in unserer kirchlichen und persönlichen Praxis mit der Bergpredigt? Besonders dem Gebot der Feindesliebe und der Gewaltlosigkeit?

Was die Forderung zur Gewaltfreiheit und zur Feindesliebe angeht, hält der frühere Bonner Neutestamentler Helmut Merklein diese Aussagen für authentisches Wort Jesu, das ganz im Rahmen seiner Reich-Gottes-Botschaft angesiedelt ist. Den Feind „zu lieben“ ist eine Zuspitzung des Liebesgebots, die sich ansonsten in keiner religiösen Tradition findet. Wer so handeln kann, verwirklicht die Herrschaft Gottes, der ebenfalls seine Sonne über Bösen und Guten scheinen lässt.

Feindesliebe kann nur als Antwort auf die Erfahrung der Liebe Gottes gelebt werden. Die Feindesliebe ist das Zeichen des neuen Ethos Jesu. Die Aussagen Jesu beziehen sich nicht allein auf den persönlichen Feind. Jesus setzt in seiner Zeit auch einen politischen Impuls.

Wer in der Gottesherrschaft lebt, steigt aus dem Zirkel von Gewalt und Gegengewalt aus, er setzt nicht mit allen Mitteln das eigene Recht durch und ist bereit, fremde Schuld zu erlassen. Liebe meint dabei kein positives Gefühl, sondern ein aktives,

konkretes Verhalten in der Begegnung mit dem Menschen, der mir feind ist. Es geht um aktive Friedensarbeit, nicht ein bloßes Erdulden. Jesus hat das wohl ernst gemeint.

In der kirchlichen Lehre zur Friedensethik findet sich viel „Realpolitik“. Die Worte Jesu begegnen der durch die Sünde geprägten Realität dieser Welt, in der es immer zu Konflikten und auch kriegerischen Handlungen kommen wird. Es bleibt sozusagen die endzeitliche Erwartung der Vollendung des Reiches Gottes. Die radikalen Aussagen Jesu werden im Blick auf die Realität und die durch Sünde und Schuld geprägte Welt zugleich pragmatisch und möglichst nahe am Evangelium umzusetzen versucht, wohlwissend, dass man damit die Radikalität und Unbedingtheit der Worte Jesu auch abschwächt.

Dennoch ist es gut, dass es Menschen gibt, die immer wieder auch in den Realitäten dieser Welt daran erinnern, dass Jesus seine Worte ernst gemeint hat. Es braucht Menschen, die zur aktiven Friedensarbeit ermutigen, die schauen, ob alles Menschenmögliche getan wird, um zu friedlichen und gleichermaßen gerechten Lösungen zu kommen, die ermutigen, aus der Spirale der Gewalt aktiv auszusteigen.



Das will pax christi ändern

Unter 18-Jährige dürfen in Deutschland nicht wählen, Auto fahren oder gewaltverherrlichende Videospiele spielen. Jungen und Mädchen dürfen aber mit 17 Jahren schon zur Bundeswehr gehen, dort Panzer fahren und in Techniken der realen Kriegsführung ausgebildet werden, einschließlich der simulierten Tötung. Sie bekommen dort dasselbe militärische Training wie Erwachsene. Das Jugendarbeitsschutzgesetz gilt ebenso wenig wie besondere Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Belästigung oder Missbrauch.

Aktiv werden

Die Kampagne macht den Juni 2020 zum Aktionsmonat. Machen Sie mit und informieren sich auf www.paxchristi.de

Jetzt unterschreiben

Helfen Sie mit, die Rekrutierung und Gefährdung von Minderjährigen zu stoppen und den 18-Jahre-Standard der UN-Kinderrechtskonvention auch in Deutschland vollständig umzusetzen. Fordern Sie mit uns Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben.

Eine Liste zum Sammeln liegt diesem Heft bei.

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Pax-Bank eG

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX

Verwendungszweck: Frieden spenden